



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 18.12.2025



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder - zum letzten Mal vor dem Umbau des Landtagssaals - Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil und erstellten den folgenden Bericht. #zHNÖ wird aber auch weiter aus der Ferne alle Sitzungen des nö. Landtags beobachten und darüber berichten.

Die #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle Tagesordnungspunkte/TO-Punkte inklusive Mitteilungen.

Inhaltsverzeichnis

TAGESORDNUNGSPUNKTE	4
TO-Punkt 1: Mitteilungen	4
TO-Punkt 2: Antrag betreffend Versorgung von NÖ Patientinnen und Patienten in Wien	4
TO-Punkt 3: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974	7
TO-Punkt 4: Vorlage der Landesregierung betreffend Hochschulstrategie Niederösterreich 2030+... 8	
TO-Punkt 5: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landesausstellung 2026, "Wenn die Welt Kopf steht. – Mensch. Psyche. Gesundheit" in Amstetten-Mauer; Übernahme einer Landeshaftung	12
TO-Punkt 6: Bericht der Landesregierung betreffend Gesamtbericht der NÖ Corona-Evaluierungskommission	12
TO-Punkt 7: Antrag betreffend Nahversorgung gehört ins Zentrum – NÖ Raumordnung muss lebendige Zentren sichern und Böden schützen	17
TO-Punkt 8: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2025	18
TO-Punkt 9: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht 2024.....	18
Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN	21

Landtagssitzung 18. Dezember 2025

Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
2	Antrag betr. Versorgung von NÖ Patientinnen und Patienten in Wien - Ltg.-866/XX-2025					
3	Antrag mit Gesetzesentwurf betr. Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 – Ltg.-859/XX-2025					
4	Vorlage d. Landesregierung betr. Hochschulstrategie Niederösterreich 2030+ - Ltg.-864/XX-2025					
5	Vorlage d. Landesregierung betr. NÖ Landesausstellung 2026 „Wenn die Welt Kopf steht – Mensch, Psyche, Gesundheit“ in Amstetten-Mauer; Übernahme einer Landeshaftung – Ltg.-863/XX-2025					
6	Bericht der Landesregierung betr. Gesamtbericht der NÖ Corona-Evaluierungskommission – Ltg.-867/XX-2025					
7	Antrag betr. Nahversorgung gehört ins Zentrum – NÖ Raumordnung muss lebendige Zentren sichern und Böden schützen – Ltg.- 850/XX-2025; Ausschussantrag: ablehnend					
8	Bericht der Landesregierung betr. NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2025 – Ltg.-846/XX-2025					
	8a: Resolutionsantrag von Abg. Krismer-Huber/Grüne betr. faire Netzkostenverteilung für die Ostregion					
	8b: Resolutionsantrag von Abg. Edlinger/VP betr. gerechte Verteilung der Netzkosten für den Ausbau der erneuerbaren Energie im Rahmen der österreichischen Energiewende					
9	Bericht d. Landesregierung betr. NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht 2024 - Ltg.-861/XX-2025					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- [Mitteilung des Einlaufes](#) (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen bzw. Anfragebeantwortungen hin:

➤ **Anfrage von Abg. Silvia Moser/Grüne betreffend Bezahlkarte - System mit hoher Fehleranfälligkeit, hohem Verwaltungsaufwand und Stigmatisierung für Betroffene:**
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-862>

➤ **Anfrage von Abg. Indra Collini/Neos an die Landeshauptfrau und die Mitglieder der Landesregierung zum Thema <<300 Millionen Sparziel – aber nicht in den Büros der Landesregierungsmitglieder>>?**
https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/823/0823_Anfrage.pdf

[Anfragebeantwortungen – siehe Einlauf, S. 2 -3](#)

➤ **Anfrage von Abg. Edith Kollermann/ Neos betreffend <<Mehr Marke als Mobilität? – Transparenz über Kosten und Nutzen von "leopoldi">>**

Hier geht es um Sinn und Kosten des Rebrandings (Umbenennung) der nö. Regionalbusse, die in Hinkunft alle unter dem Namen und Logo „leopoldi“ fahren werden.

https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/833/0833_Anfrage.pdf

Anfragebeantwortung:

https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/833/0833_Beantwortung.pdf

[tag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/833/0833_Beantwortung.pdf](https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/833/0833_Beantwortung.pdf)

DAZU EINE ANFRAGE NACH DEM IFG/ INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ:

Zu diesem Thema ein Internetfund:

Anfrage eines Bürgers nach dem neuen **Informationsfreiheitsgesetz**, das seit 1. September 2025 in Kraft ist:

[Rebranding Leopoldibusse – FragDen Staat.at](#)

(wobei die Antwort nicht öffentlich gemacht wird, sondern auf Nachfrage sogenannte „Folgeinfos“ zugestellt werden)

Zusatzinformation

[NÖVOG präsentiert neue Dachmarke „leopoldi“](#) (02.10.2025)

[Niederösterreich Regionalverkehr leopoldi](#) (02.10.2025)

➤ **Anfrage von Abg. Christoph Müller/Neos betreffend Unterstützung und gesetzliche Rahmenbedingungen für das EVN-Projekt „Tiefe Geothermie“**

https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/835/0835_Anfrage.pdf

Anfragebeantwortung:

https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/08/835/0835_Anfragebeantwortung.pdf

TO-Punkt 2: Antrag betreffend Versorgung von NÖ Patientinnen und Patienten in Wien

- [Antrag betreffend Versorgung von NÖ Patientinnen und Patienten in Wien](#)
- [Antrag des Gesundheitsausschusses](#)

In seltener Einmütigkeit beschließen alle Fraktionen einstimmig den Antrag des Gesundheitsausschusses. In der Diskussion vorher gibt

es allerdings einige unterschiedliche Sichtweisen.

Nach dem Berichterstatter **Abg. Christian Gepp/VP**, der den Antrag einbringt, geht als erster Redner **Abg. Franz Dinhobl/VP** auf die positiven Entwicklungen in Niederösterreich durch den Beschluss des nö. Gesundheitsplans 2030+ ein und auf den Finanzausgleich, der mit 1.1.2024 in Kraft getreten sei. In diesem sei auf Grundlage des österreichischen Strukturplans Gesundheit die Gesundenversorgung auch zwischen den Bundesländern festgelegt worden, wobei die Bundeshauptstadt Wien mit Sitz der MedUni des AKHs große Aufgaben nicht nur für Wien, sondern für die gesamte Republik zu erfüllen habe. **Abg. Dinhobl** weist darauf hin, dass im Rahmen dessen NÖ auf 500 Mio. € zugunsten Wiens verzichtet habe, um die Versorgung von nö. Patient*innen in Wien zu gewährleisten. Deshalb sei es verwunderlich, dass sogar Krebspatient*innen, die in Wien behandelt wurden, jetzt abgewiesen würden. Dies sei nicht zu akzeptieren. Die Postleitzahl dürfe nicht ausschlaggebend sein, wo jemand behandelt werde.

Der Abgeordnete erwähnt weiters die ca. 200.000 Niederösterreicher*innen, die in Wien arbeiten und deren Kommunal- und U-Bahnsteuer in Wien bleiben würden. Niederösterreicher*innen würden durch ihre Arbeit ca. 20 Mrd. € an Wertschöpfung in Wien beisteuern.

Die Tatsache, dass Wiener Patient*innen bevorzugt behandelt würden, sei nach Expert*innenmeinung verfassungsrechtlich problematisch. Abschließend appelliert **Abg. Dinhobl** an den Landtag, den Antrag einstimmig zu beschließen.

Abg. Edith Kollermann/Neos schickt voraus, die Probleme zwischen Wien und NÖ dürften nicht auf dem Rücken von Patient*innen ausgetragen werden. Es dürfe nicht sein, dass Patient*innen plötzlich abgewiesen werden oder dass Wartezeiten verlängert werden. Dies sei unsozial und im Widerspruch zu einer solidarischen Gesundheitsversorgung. Es gebe das Wohnsitzprinzip für eine Spitalsbehandlung, aber eine faire Kostenverteilung zwischen den

Bundesländern sei selbstverständlich notwendig. Als solide Grundlage seien dafür Klarheit und Transparenz notwendig. Die in die Finanzausgleichsverhandlungen einbezogenen Kriterien müssten benannt werden. Und die Abgeordnete geht, wie ihr Vorredner, auch auf die Arbeitspendler*innen nach Wien ein, die dort ihre Versicherungsbeiträge einzahlen und spricht auch die Lohnnebenkosten und die wirtschaftliche Wertschöpfung an. Die Forschungsgelder des Bundes, die sinnvollerweise in Einrichtungen der Bundeshauptstadt fließen, müssten aber zur Folge haben, dass die Forschungen der Spitzenmedizin auch dem gesamten Bundesgebiet zugute kommen müssten. Es müsse konsequent in Versorgungsregionen gedacht werden, wobei der österreichische Strukturplan Gesundheit und die regionalen Strukturpläne dafür den Rahmen vorgeben würden. Der Anspruch müsse sein: Versorgung nach medizinischer Dringlichkeit, nicht nach dem Meldezettel, Kooperation statt Konfrontation, transparente Finanzierung statt politischer Schuldzuweisung.

Zu Beginn ihres Redebeitrags stellt **Abg. Silvia Moser/Grüne** klar, dass Gesundheitsversorgung ein Grundrecht sei und allen Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, in gleicher Weise zustehe. Sie geht dann ebenfalls auf die Punkte ein, die bereits ihre Vorredner*innen thematisiert hatten. Weiters stellt sie die Frage an die Landesregierung, was in den letzten Monaten getan wurde, um eine Lösung für die Gastpatient*innen zu schaffen und dieses Problem zu entschärfen. Die Abgeordnete fordert die Einhaltung der Verträge zwischen Wien und NÖ ein, durch die eine bundesländerübergreifende gesundheitliche Versorgung gesichert werden sollte. Allerdings sei die Zahl der Gastpatient*innen seit 2014 deutlich gesunken – von damals fast 100.000 Patient*innen auf 68.000 im Jahr 2024.

Abg. Moser geht dann noch auf den Artikel 40 der 15a-Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens ein. Dieser besagt ausdrücklich, dass bilaterale Vereinbarungen über Gastpatient*innen möglich seien. Im Artikel 4 dieser Vereinbarung

bezüglich Gesundheitsplanung wird festgehalten, dass in den regionalen Strukturplänen die gesundheitliche Versorgung in- und ausländischer Gastpatient*innen transparent berücksichtigt und geregelt werden müsse. Zu diesem Zeitpunkt gebe es noch keinen solchen Strukturplan von NÖ. Er sei zwar am Tag vorher „veröffentlicht“ worden, jedoch nirgends einsehbar.

An dieser Stelle erwähnt **Abg. Moser**, dass mit zunehmendem Widerstand aus der Bevölkerung die Doppelzüngigkeit mancher Politiker*innen wachse. Sie fügt eine Kritik aus ihrer Region Waldviertel hinzu – nämlich, dass die FPÖ ein Doppelspiel treibe. Sie habe im Landtag für den Gesundheitsplan 2040+ gestimmt, plakatiere in Gmünd jedoch im FP-Schaukasten „*Unser Krankenhaus Gmünd muss bleiben!*“ Und sie spricht **Abg. Scherzer** diesbezüglich persönlich an.

Abschließend wiederholt **Abg. Moser** eine ihrer Forderungen, dass Spitäler in Bundesland gehörten. Österreich müsse zu einer Versorgungsregion werden, mit klar definierten Zuständigkeiten, einheitlicher Planung, Steuerung, Qualitätssicherung und Finanzierung. Dadurch würden komplizierte Verrechnungen wegfallen und der Staat Millionen an Verwaltungskosten einsparen.

Abg. Karin Scheele/SP fordert, dass anstelle von Wien-Bashing eine Gesundheitsregion Ost gegründet werde, die eventuell noch erweitert werden könne und dass mit Wien auf Augenhöhe eine Lösung für die nö. Patient*innen gefunden werde.

Wie so oft bei FP-Mandataren lenkt **Abg. Richard Punz/FP** auch dieses Thema nach wenigen Sätzen auf Geflüchtete und empört sich, dass Asylwerber als Nicht-Leistungsträger in Wien besser behandelt würden, als Niederösterreicher*innen, die in Wien arbeiten, die Abgaben zahlen und zum Wohlstand in diesem Bundesland beitragen. Er wirft Wien mit seinem Vorgehen vor, gegen §29 des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes zu verstoßen. Dieser Paragraph dieses Bundesgrundgesetzes lasse nur eine Ausnahme bei der Aufnahme in ein Krankenhaus zu – nämlich bei

Personen, die in Österreich überhaupt nicht versichert sind. Und abschließend versteigt sich **Abg. Punz** wieder in eine Serie von Vorwürfen an Wien und prangert anhand einiger Förderungen an, wofür in Wien Geld ausgegeben werden.

Als letzter Redner nennt **Abg. Matthias Zauner/VP** nochmals einige bereits vorher erwähnte Fakten und Zahlen. Zusätzlich erwähnt er, dass in NÖ 120.000 Patient*innen aus Wien ambulant und 11.000 Patient*innen stationär behandelt würden und nur nach ihrer eCard, aber nicht nach ihrem Meldezettel gefragt würden. Weiters teilt der Mandatar in Richtung **Abg. Kollermann** und **Abg. Moser** belehrenden Statements aus und schießt sich dann besonders auf den Wiener Gesundheitsstadtrat Hacker mit Äußerungen ein, wie man sie normalerweise nur von der FPÖ gewohnt ist. Er behauptet nämlich allen Ernstes Folgendes: „*Der Herr Hacker operiert lieber Menschen, die noch keinen Cent ins Sozial- und Gesundheitssystem eingezahlt haben, als Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, die ein Leben lang ins Sozial- und Gesundheitssystem eingezahlt haben*“.

Und schließlich verteilt **Zauner** auch noch in gewohnt vollmundiger Art „gute Ratschläge“ an **StR Hacker** und empfiehlt ihm, das nö. Sozialhilfemodell einzuführen und er würde augenblicklich 300 Mio. € mehr in seiner Stadtkassa haben. Als Draufgabe zählt der Abgeordnete eine Reihe von Fällen auf, die die „*Herzlosigkeit*“ und „*Brutalität*“ von **StR. Hacker** illustrieren sollen und wirft ihm abschließend vor „*fiebrig*“ zu sein, was ihm einen Ordnungsruf von **Präsident Wilfing** einbringt.

Abschließend kündigt der VP-Landesgeschäftsführer die Unterstützung des nö. Patientenanwalts für betroffene nö. Patient*innen und die Prüfung aller rechtlichen Schritte an, um dem Wiener Weg Einhalt zu gebieten.

#zusammenHaltNÖ fragt sich, ob es sich bei diesen „Wiener Patient*innen in NÖ“ möglicherweise um Zweitwohnungsbesitzer*innen handeln könnte. Verständlich, wenn sich diese u.U. am Sitz ihres Wochenend- oder Feriend-

mizil behandeln lassen oder bei Notfällen sogar behandeln lassen müssen.

Und #zusammenHaltNÖ fragt Herrn Zauner: Wissen Sie noch immer nicht, dass Asylwerber*innen während ihrer oft jahrelangen Wartezeit auf Entscheidung ihrer Asylverfahren gar NICHT ARBEITEN DURFTEN und daher auch nichts ins System einzahlen konnten? Oder wollen Sie das nicht wissen und nur Stimmung gegen Geflüchtete machen, um sich Ihrem Koalitionspartner besser anzudienern? Ihre oben zitierte Äußerung lässt jedenfalls darauf schließen. Jedenfalls ist dieses Verhalten eines Politikers einer angeblich noch immer „christlich-sozialen Partei“ zutiefst unwürdig. Sie sollten sich schämen!

#zusammenHaltNÖ fragt sich außerdem, warum sich viele Patient*innen lieber in Wien als in NÖ behandeln lassen. Liegt das an der Qualität der medizinischen Versorgung? Wenn ja, wieso verbessert NÖ die medizinischen Standards im Bundesland nicht?

Regionaler Strukturplan Gesundheit NÖ 2030

[20251217 PK Praesentation zum RSG NOE 2030.pdf](#)

Zusatzinformation

[Wegen Spital-Schließung in Gmünd: Grüne mit Kritik an blauer „Doppelzüngigkeit“ - Gmünd](#) (22.12. 2025)

[VPNÖ-Zauner: „Abweisung von Krebskranken zeigt Hackers Herzlosigkeit“](#) (18. 12. 2025)

[Regionaler Strukturplan Gesundheit NÖ 2030 präsentiert - Land Niederösterreich](#) (17.12.2025)

[LKH Gmünd muss bleiben. Wer "profitiert" wahrscheinlich am meisten davon?? - Gmünd](#) (22.11.2025)

[„Startschuss“ für Beilegung von Patienten-Streit - wien.ORF.at](#) (20.10.2025)

!!! [Parlamentarische Anfrage der Grünen betreffend Streit um inländische Gastpatient*innen](#) (03.10.2025)

!!! [Beantwortung der Anfrage durch Gesundheitsministerin Korinna Schumann](#) (28.11.2025)

[Offener-Brief-Gastpatienten.pdf](#) (29.09.2025)

[Gastpatienten: Scharfe Kritik Richtung Wien - noe.ORF.at](#) (24.09.2025)

[610 Mio. Euro Mehrkosten für Gastpatienten - wien.ORF.at](#) (23.09.2025)

["Anrecht auf Behandlung": VPNÖ wehrt sich gegen Stadt Wien - oe24.at](#) (18.09.2025)

[Gastpatienten: Wiens Vorgehen „völlig unzulässig“ - noe.ORF.at](#) (17.09.2025)

[Falsches Spiel mit den Gastpatienten in Wiens Spitälern - Kommentare der anderen - der-Standard.at › Diskurs](#) (06.02.2025)

[Gastpatienten in Wien - Hacker: „Nein, Wiener können das nicht zahlen!“ - krone.at](#) (06.02.2025)

[Gastpatienten - Patientenanwalt Prunbauer tobt: „Das ist verfassungswidrig!“ - NÖN.at](#) (29.01.2025)

[Hohe finanzielle Belastung: Hickhack um Gastpatienten in Wien geht weiter - Wien](#) (28.01.2025)

[Wiener Spitäler: Künftig weniger "Gastpatient*innen" - News - W24](#) (26.09.2024)

TO-Punkt 3: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974

Links zum [Antrag](#) und [Gesetzesentwurf](#)

Abg. Edith Kollermann/Neos zeigt sich in ihrer Wortmeldung verwundert, dass dieser Antrag im Landwirtschaftsausschuss eingebracht wurde. Für die Abgeordnete, die betont, selber aus einem Jägerhaushalt zu stammen, seien die Änderungen des NÖ Jagdgesetzes nach den [FFH/Fauna-Flora-Habitat-Bestimmungen](#) kein Freibrief, mehr Wölfe abzuschießen und würden nicht von der Pflicht zum Ausbau des Herdenschutzes durch Elektrozäune, Herdenhunde und Stallungen entbinden. Deren Wirksamkeit sei bewiesen und EU – Förderungen würden dazu beitragen, dass nicht landwirtschaftliche Betriebe zu guter Letzt die Zeche für Europäische Artenschutzpolitik zahlen müssten.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne verlangt im Hinblick auf die durch die Novelle leichtere Bejagung des Wolfes in Niederösterreich mehr

Pragmatismus. Etwas polemisch meint sie, mit dem Wolf habe die Landwirtschaft jetzt die Ursache für das Bauernsterben gefunden. Laut der Abgeordneten werde es *„die Wölfe nicht mehr geben, es wird entsprechend herumgeschossen werden“*. Und sie verweist darauf, dass es mit der bisherigen Regelung schon möglich war, einzelne gefährliche Tiere zu entnehmen. Für **Abg. Krismer-Huber** hätten sich *„die Konservativen bzw. Rechten und Außenrechten durchgesetzt, aber in Brüssel auch mit Unterstützung der Neos“*. Sie sieht daher kein konsequentes Verhalten der Neos. Und wirksamen Artenschutz verortet sie nur bei den Grünen und diese würden daher gegen diesen Antrag stimmen.

Auf Risikosituationen in verschiedenen, exponierten Regionen Niederösterreichs verweist **Abg. René Zonschits/SP** und kritisiert seine Vorrednerin mit dem Hinweis auf die eher wolffreie Region um die Stadt Baden bzw. im Nahbereich von Wien.

Als Beleidigung der gesamten Jägerschaft bezeichnet **Abg. Hubert Keyl/FP** die Aussage von **Abg. Krismer-Huber**, sie würde nur „herumschießen“ und kritisiert gleichzeitig den von der Grün-Abgeordneten geforderten „Pragmatismus“.

Für ihn sei Jagd gelebter Naturschutz. Das Thema „Wolf“ hätte seine Fraktion immerhin schon in der Ersten Aktuellen Stunde dieser Legislaturperiode zur Sprache gebracht. Ebenso habe es Pressekonferenzen gegeben und **Abg. Keyl** sei auch mit **Abg. Schnabel/FP** diesbezüglich bei Landwirten unterwegs gewesen. Insgesamt sehe er in der Novelle des NÖ Jagdgesetzes ein Paket aus Realismus und Modernisierung, bei den invasiven Arten, bei Techni-

kassistentz (z.B. Drohnen), bei Nachtsichtbehelfen und in der Verwaltungspraxis im Jagdwesen.

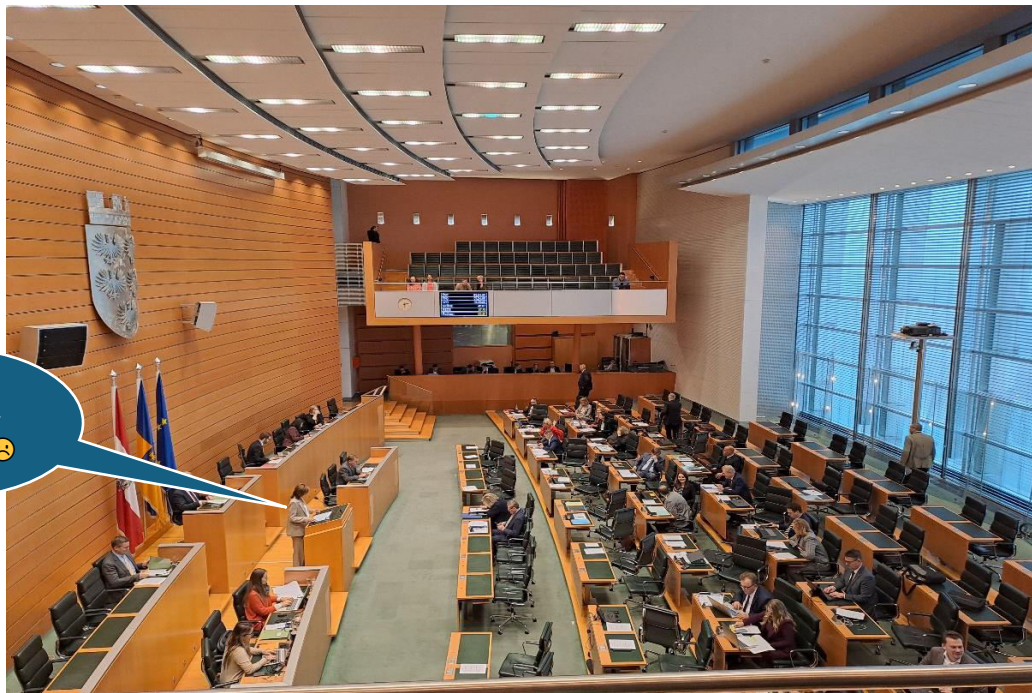
Für **Abg. Richard Hogl/VP** bewirkt das neue Jagdgesetz auch, dass ein Jäger nach getätigtem Abschuss nicht gleich vom Verwaltungsgericht zum Strafrecht überstellt werden kann und kritisiert ebenso **Abg. Krismer-Huber** für ihren Sager vom „Herumschießen“. Ebenso begrüßt der Abgeordnete die geänderten Jagdzeiten, statt 90 Minuten jetzt nur 60 Minuten vor bzw. nach der Dämmerung.

TO-Punkt 4: Vorlage der Landesregierung betreffend Hochschulstrategie Niederösterreich 2030+

- Vorlage „Hochschulstrategie 2030+ - Tertiäres Bildungswesen allgemein“
- Hochschulstrategie NÖ 2030+ - Leitlinien zur Entfaltung der Potenziale des NÖ Bildungs- und Forschungsstandorts

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Christoph Kaufmann/VP** kommt als erste Rednerin **Abg. Indra Collini/Neos** ans Pult und wundert sich über den Exodus im Saal nach Abhandlung des TO-Punkts 3 betreffend Novellierung des Jagdgesetzes 1974.

Die Sitzungsbeobachter*innen von #zHNÖ wunderten sich ebenso. Offenbar hat das Thema „Tertiäre Bildung“ in NÖ für manche Mandatar*innen einen geringeren Stellenwert als die Jagd.



Abg. Indra
Collini/Neos:
„Exodus!?!“ 😞

Die Abgeordnete geht dann auf den Inhalt der Publikation „Hochschulstrategie NÖ 2030+“ ein, stellt fest, dass das Papier zahlreiche wohlklingende Überschriften und beeindruckende Zahlen enthalte. NÖ habe in den vergangenen Jahren im Hochschulbereich einiges bewirkt und vieles sei auch sehr gut gelungen. Die Studierendenzahl habe stark zugenommen, es gebe zahlreiche neue Studiengänge und das ISTA (Institute of Science and Technology Austria) in Klosterneuburg sei ein international anerkannter Leuchtturm für den Bereich Wissenschaft und Forschung.

Abg. Collini geht dann aber auch auf die Problembereiche ein und meint, wenn man wie die Landeshauptfrau von einem Nobelpreis für NÖ träume, dürfe man sich nicht mit einem bloßen Fortschreiben des Alten zufriedengeben. Nobelpreise gebe es für Neues, für Exzellenz, für einzigartige und wegweisende wissenschaftliche Durchbrüche und wenn man das wolle, müsse man in der Landespolitik bei der Gestaltung des Wissenschaftsstandorts NÖ deutlich mutiger und ambitionierter sein. Sie geht dann auf Details im Strategiepapier ein. Es würden die bereits bekannten Themen übernommen, neu geordnet und in sechs neue Leitlinien gegossen. Aber es gebe keine echte Neuaufstellung, es sei auch kein mutiger

Aufbruch und keine Zukunftsvision feststellbar. Es sei mehr Verwaltung als Gestaltung.

Was nach Meinung von Abg. Collini fehle: ① **verbindliche Ziele**, klare Exzellenz- und Leistungsziele, Klarheit darüber, ② **wohin NÖ im europäischen Vergleich hinzielen wolle**, es fehle ein klares Profil für den Wissenschaftsstandort. Man könne selbstverständlich auf die Vielfalt in NÖ stolz sein, auf die 18 Standorte, aber Qualität entstehe nicht durch Beliebigkeit, Exzellenz brauche den Mut zur Prioritätensetzung. Doppelgleisigkeiten müssten daher abgebaut werden. Und schließlich vermisse die Abgeordnete auch ③ den klaren Zug zur Digitalisierung im Lehrbetrieb. Blended learning (verschränktes Lernen) komme im Papier zwar vor, aber es fehlten verbindliche Digitalisierungsstrategien, es gebe keine Roadmap, keine Mindeststandards, keine Qualitätskriterien für digitales Lernen. Dabei sei digitales Lernen Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ausbildung. Es sei ein zentraler Hebel für mehr Chancengerechtigkeit in der tertiären Ausbildung und für gesellschaftliche Durchlässigkeit.

Die Abgeordnete geht noch auf einige wichtige Parameter ein, die es für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort NÖ brauche, darunter

auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Talente ins Land bringen und auch halten.

Schließlich geht *Abg. Collini* nochmals auf die Nobelpreisvision der Landeshauptfrau ein und stellt fest, dass dieses Wort und Ziel im Strategiepapier mit keinem einzigen Wort vorkomme. Es bleibe vermutlich nur bei der politisch gut vermarktbar Überschrift.

Einen Nobelpreis zuerkannt zu bekommen sei selbst für Weltklasseuniversitäten ein Jahrhundertereignis und nicht planbar. Die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sei jedoch sehr wohl planbar. Die könne die nö. Landesregierung sehr wohl schaffen, durch klare und mutige Ziele, durch ein klares Bekenntnis zu Wissenschaft und Forschung, durch eine verlässliche Finanzierung und durch die nötigen Reformen, um diese Finanzierung auch in Zukunft sicherstellen zu können. Wer vom Nobelpreis träume, müsse zuerst seine „Hausaufgaben“ machen. Ihre Fraktion sei bereit, den dafür notwendigen Weg konstruktiv mitzugehen.

Gleich eingangs bedauert ***Abg. Georg Ecker/Grüne*** die Abwesenheit der gesamten Landesregierung, wo es doch um Wissenschaft und Forschung als Grundlage für eine Wissensgesellschaft, für die wirtschaftliche Zukunft und den Wohlstand NÖs gehe. Der Abgeordnete lobt die Innovationsfähigkeit heimischer Forscher*innen, gibt jedoch zu bedenken, dass es dafür auch ein geeignetes Umfeld brauche. Und er zeigt am Beispiel der Entwicklungen in den USA auf, wohin es führe, wenn die Wissenschaftsfeindlichkeit um sich greife und die Freiheit der Forschenden einschränke. Derzeit komme es zu einem Exodus namhafter Forscher*innen aus renommierten Universitäten wie Yale und anderen.

Der Abgeordnete warnt die ÖVP vor ähnlichen Entwicklungen in Österreich, da man ja in einer Koalition mit einer Partei sei, die wissenschaftsfeindlich sei. Und faschistische Tendenzen würden mit einer freien Wissenschaft nicht vereinbar sein. *Abg. Ecker* geht dann noch auf eine Passage im Strategiepapier ein, in der von einem „attraktiven Studienstandort

und gelebter Internationalität“ die Rede ist und wirft der Koalition aus VPFP vor, eine negative Grundstimmung gegen Zuwander*innen zu verbreiten. Er nennt dann die absurde Forderung der FPÖ, wissenschaftliche Arbeiten in Österreich nur mehr in deutscher Sprache abfassen zu lassen, was jede internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit völlig unmöglich machen würde, denn die Sprache internationaler Wissenschaftler*innen sei nun einmal Englisch.

Und noch absurder werde die Sache, wenn dann in der Hochschulstrategie die Absicht formuliert wird, englischsprachige Studien anbieten zu wollen (siehe [Strategie](#) S. 14 und 18). Wenn die ÖVP in der EU mit ihren konservativen Schwesterparteien Innovationen ständig kleinrede, werde sie sicher keine Talente nach NÖ anziehen, die gebraucht würden. Die aktuelle Politik sei völlig konträr dazu, was für einen modernen Wissenschaftsstandort gebraucht würde. Und *Abg. Ecker* appelliert an die ÖVP, den angesprochenen Kurs rasch zu korrigieren.

Abg. Doris Hahn/SP begrüßt die Hochschulstrategie 2030+ grundsätzlich, hält aber fest, dass eine gute Strategie nicht an gut klingenden Überschriften und Werbeslogans zu messen sei, sondern daran, ob sie für die Menschen wirke, die in diesem System lernen, forschen und arbeiten. Bezüglich Debatte zur Mission Nobelpreis meint die Abgeordnete, man dürfe nicht beim oberen Ende, bei der Spitzenforschung, sondern müsse am unteren Ende beginnen – bei den Arbeitsbedingungen und bei der sozialen Absicherung, bei Studienbedingungen, die niemanden ausschließen und nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. In Österreich sei der Hochschulzugang noch immer stark selektiv, die Strategie spreche dazu von neuen Zielgruppen, von „Gut studieren“. Es brauche aber mehr ganz konkrete Maßnahmen:

leistbare Studierendenwohnungen, verlässliche Mobilität für alle Pendler*innen v.a. aus dem ländlichen Raum und sozial treffsichere Stipendien zur Entlastung der Studierenden. Hier bleibe die Studie viel zu unkonkret.

Die Abgeordnete hält fest, dass Forschergeist bereits im Kindergarten und der Volksschule durch Neugier und gute Bildungsbedingungen entwickelt werden müsse. Daher müsse Bildung als durchgängige Verantwortung verstanden werden, von der frühkindlichen Förderung der Elementarbildung bis zur Erwachsenenbildung und Weiterbildung.

Die Hochschulstrategie 2030+ enthalte viele richtige Ansätze. Ob sie erfolgreich sein wird, entscheide sich jedoch im Alltag der Studierenden, Lehrenden und Forschenden.

Schon in seinen ersten Sätzen teilt der **FP-Abg. Helmut Fiedler** eine rhetorische Breitseite gegen *Abgeordneten Ecker* aus und meint süffisant, die Grünen würden ideologische Wunschträume mit wahrer Wissenschaft verwechseln. Dies könne ein Teilgrund sein, warum die grüne Partei bei 8 %, die FPÖ bundesweit jedoch bei 36 % stehe. Und der Abgeordnete wehrt sich, dass die FP-Bundes- und Landesparteiobermänner von *Abg. Ecker* als wissenschaftsfeindlich bezeichnet wurden. Dann schwenkt er unvermutet auf das bei der FP notorische Flüchtlingsbashing um, wird vom vorsitzführenden dritten Landtagspräsidenten Waldhäusl jedoch nicht „zur Sache gerufen“, wie das laut §69 (3) [Geschäftsordnung - LGO 2001](#) vorgesehen wäre. *Fiedler* geht dann über die Farbenlehre (?) auf die Meinungsvielfalt und Diversität an den so unterschiedlichen nö. Hochschulen und Universitäten über und hebt zwei Teilbereiche besonders hervor: die Revolution im Bereich der künstlichen Intelligenz, wodurch auch akademische Berufe gefährdet sein würden. Daher werde es vermutlich manche Studiengänge in Zukunft nicht mehr geben.

Der zweite Teilbereich sei das Promotionsrecht an den Fachhochschulen. In diesem Zusammenhang gehe es um den notwendigen wissenschaftlichen Unterbau.

Abschließend spricht *Abg. Fiedler* noch die zahlreichen Anglizismen an, die in vorhergehenden Redebeiträgen gefallen seien und die er als Versuch deutet, sie in die nö. Hochschullandschaft zu importieren. Ihm sei ganz wichtig, dass man im deutschsprachigen Raum

noch immer einen starken Fußabdruck in Deutschland und Österreich von [Johann Gottlieb Fichte](#) (1782 – 1814) habe, der mit seinem Universitätsplan den deutschen Idealismus im 19. Jhdt. geprägt habe. Die drei wesentlichen Dinge, die er ansprach, hätten laut *Abg. Fiedler* noch immer ihre Gültigkeit, was die Beständigkeit des deutschen Idealismus zeige: Ausbildung (handwerkliche Fähigkeiten), Erziehung (Tugenden wie Ehre, Haltung und Ehrlichkeit) und Bildung (Gerechtigkeit oder ein vernünftiges Menschenbild [sic!]). Alle drei würden von der Volksschule, über die Mittelschule, das Gymnasium bis zu den Fachhochschulen und Universitäten gelehrt. Dies sei gut, weil alle drei Dimensionen „den Menschen und unserer österreichischen Gesellschaft inne“ seien. ([Video ab Minute 6:06](#)).

Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP führt den Fokus vom 18./19. Jhdt. wieder auf die Gegenwart und das eigentliche Thema der Hochschulstrategie zurück. Diese sei kein abstraktes Konzept, sondern ein Vertrag der derzeitigen Entscheidungsträger*innen mit der zukünftigen Generation. Es gehe um ein Bildungsprogramm, um ein Zukunftsprogramm für NÖ als Wissenschafts-, Wirtschafts- und Innovationsstandort. Es gehe auch darum, neue Antworten zu finden und Zuversicht zu gewinnen, die Wissenschaft und Forschung geben könnten. Die Abgeordnete blickt in die Vergangenheit zurück und meint, vor mehr als 30 Jahren sei NÖ ein blinder Fleck auf der Wissenschaftslandkarte gewesen. Heute gebe es einen vielfältigen und dezentral aufgestellten Bildungsstandort, bestehend aus der öffentlichen UWK/Universität für Weiterbildung in Krems (Donau-Universität Krems), den Fachhochschulen, den Privatuniversitäten, den theologischen Hochschulen, den beiden pädagogischen Hochschulen und auch aus dem Leuchtturmprojekt [ISTA](#) in Klosterneuburg. Diese Hochschulen seien in ein Forschungsumfeld eingebettet. *Abg. Zeidler-Beck* erwähnt in Laxenburg das [IIASA](#). Nirgendwo sonst seien in Österreich in den vergangenen zehn Jahren die Studierendenzahlen so stark gestiegen wie in NÖ. So gebe es an FHs um 37 %, an Privatuni-

versitäten um 166 % mehr Studierende. Bis 2030 würden noch weitere Zukunftsprojekte verwirklicht werden, wie der Europacampus Hainburg, wo es um die Verbindung von Nationen und Institutionen gehe und wo ab 2028/29 die ersten Studierenden beginnen würden.

Und die Abgeordnete kann sich einen kleinen Seitenhieb auf *Abg. Fiedlers* Ausführungen nicht verkneifen und meint, sie sei froh, dass sich die Welt inzwischen gedreht habe, dass es heute internationale Zusammenarbeit gebe und dass man mit dieser Hochschulstrategie auf Internationalität setze, die besten Köpfe auch nach NÖ zu locken und jungen Niederösterreicher*innen ermöglichen könne, im Ausland zu studieren. Förderprogramme für junge Wissenschaftler*innen sollten weiter ausgebaut und eine Brücke zur FTI/Forschung, Technologie, Innovation geschlagen werden. NÖ. Hochschulen sollten auch starke Partner für die Wirtschaft zum Wissens- und Technologietransfer und die Abgeordnete zählt einige erfolgreiche Beispiele wie das [ESA-Phi-Lab in Schwechat](#) auf.

In Zeiten einer zunehmenden Wissenschaftskepsis seien aber auch andere Projekte wie [HEURIKA \(Wissenschaftspodcast\)](#) oder „[Wissenschaft trifft Schule](#)“ von großer Bedeutung.

#zusammenhaltNÖ findet es mehr als sonderbar, dass bei diesem wichtigen Thema die Landeshauptfrau nicht anwesend ist. Immerhin träumt sie von einem Nobelpreis für NÖ. Aber man wird ja noch träumen dürfen...Auch Vertreter*innen der Landesregierung fanden es offenbar nicht für notwendig, sich die Redebeiträge live anzuhören. Was sagt uns das als Zivilgesellschaft über unsere politischen Vertreter*innen und ihr Interesse an Wissenschaft? Es kann sich jede/r selber einen Reim darauf machen.

Abg. Fiedler/FP wiederum überrascht mit seiner Assoziation zu Fichte. Der eigentlich emanzipatorische Philosoph wurde bereits in der Vergangenheit zur Herleitung von völkischen, nationalistischen und antisemitischen Ideologien herangezogen. Fiedler bemüht, zackig

und doch holprig im Vortragsstil, Tugenden wie Ehre und Anstand. Über die Forderungen des Abg. nach Verwendung der deutschen Sprache konnten wir uns nur wundern. Sie erinnerten an sehr alte, und glücklicherweise längst vergangene Zeiten.

Zusatzinformation

[Mikl-Leitner will mit neuem Zukunftsplan einen Nobelpreis nach Niederösterreich holen - Niederösterreich - derStandard.at › Inland](#) (07.05.2025)

[Forschung: "Wir gehen Richtung Nobelpreis für Niederösterreich" - Klosterneuburg](#) (21.05.2024)

[Mission Nobelpreis in NÖ: 3,2 Milliarden Euro für Forschungszentrum | Kurier](#) (21.05.2024)

[Forschungsarbeiten nur noch auf Deutsch? WU-Rektor hält Idee für "völlig verfehlt" und gefährlich - Bildung - derStandard.at › Inland](#) (03.02.2025)

[Aus für Bachelor?: „Keine ‚Festung Österreich‘ in der Wissenschaft“](#) (31.01.2025)

[Hochschulstrategie Niederösterreich 2030+ - Land Niederösterreich](#)

[Lexikon der Philosophen: Johann Gottlieb Fichte](#)

TO-Punkt 5: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landesausstellung 2026, "Wenn die Welt Kopf steht. – Mensch. Psyche. Gesundheit" in Amstetten-Mauer; Übernahme einer Landeshaftung

[Links](#) zur Vorlage der Landesregierung, zur Liste der Leihgeber und den Haftungsbriefen Nach dem Berichterstatter **Abg. Christoph Kaufmann/VP** sind sich alle Redner*innen darüber einig, dass die Landesausstellung im Landesklinikum Mauer bei Amstetten thematisch äußerst wichtig ist, da psychische Erkrankungen lange Zeit tabuisiert wurden und es an der Zeit sei, einen ganzheitlichen Blick auf das Thema „Gesundheit“ zu werfen.

Der Amstettner **Abg. Dominic Hörlezer/Grüne** spricht die bewegte Geschichte des Standorts an, mit dunklen Kapiteln von Stigmatisierung und Ausgrenzung, aber auch mit Zeiten des Paradigmenwechsels und der Heilung. Die Ausstellung müsse zum Katalysator für konkrete Verbesserungen im Gesundheitssystem werden. Sie müsse aufklären, entstigmatisieren und v.a. niederschwellige Zugänge zu Hilfsangeboten aufzeigen.

Die Ausstellung solle daher auch ein Versprechen sein, dass NÖ psychische Probleme ernst nimmt und in Prävention und nicht nur in Reparatur investiert wird.

Der Abgeordnete, so wie auch die folgenden Redner*innen aus der Region Mostviertel halten fest, dass die Ausstellung einen wichtigen kulturellen und wirtschaftlichen Impuls und eine Aufwertung sowohl für die Region, als auch überregional bedeute. Besonders die beiden Mandatar*innen aus dem Bezirk Amstetten, **Abg. Edith Mühlberghuber/FP** und **Abg. Lukas Michlmayr/VP**, zeigen sich erfreut und bekunden ihre Zustimmung zum Antrag der Landeshaftungsübernahme.

Auch die **dritte Landtagspräsidentin Elvira Schmidt/SP** unterstützt den Antrag für ihre Fraktion und alle Redner*innen betonen die Wichtigkeit dieses Themas in der heutigen Zeit, in der psychische Probleme vor allem bei Jugendlichen immer mehr um sich greifen und „mental health“ immer mehr an Bedeutung gewinne.

Zusatzinformation

[Niederösterreichische Landesausstellung - Land Niederösterreich](#)

[Home | NÖ Landesausstellung](#)

[NÖ Landesausstellung 2026 - Die Psyche und die Seele werden in Mauer im Mittelpunkt stehen - NÖN.at](#) (30.11.2025)

[NÖ Landesausstellung 2026 - Die Psyche und die Seele werden in Mauer im Mittelpunkt stehen - NÖN.at](#) (22.04.2025)

[Landesausstellung 2026 - „Wenn die Welt Kopf steht - Mensch.Psyche.Gesundheit“ - NÖN.at](#) (11.04.2025)

TO-Punkt 6: Bericht der Landesregierung betreffend Gesamtbericht der NÖ Corona-Evaluierungskommission

Links zu [Anschreiben](#) und [Gesamtbericht der NÖ Corona-Evaluierungskommission](#)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Andreas Bors/FP** leitet **Abg. Edith Kollermann/Neos** ihren Redebeitrag mit den Worten ein, der vorliegende Bericht erhebe den Anspruch, die größte Pandemie seit hundert Jahren aufzuarbeiten. Jedoch sei eine Pandemiekommission mit zwei Mitgliedern, die für ihre Tätigkeit nicht einmal drei Monate Zeit bekommen haben, Symbolpolitik und keine echte Aufarbeitung. Der Vorwurf richte sich nicht an die beiden Mitglieder, sondern an den politischen Anspruch. Der Bericht räume ja ein, dass es keine eigenen Erhebungen, Befragungen oder Wirkungsanalyse gegeben habe, er sei im Wesentlichen eine Zusammenfassung bestehender Studien. Allerdings sei er interessant zu lesen, denn er sei eine Chronologie einer Krise, die unsere Gesellschaft tief verändert habe. Aber er bleibe eben eine Analyse und keine Aufarbeitung. Aufarbeitung brauche drei Dinge: Tiefe, Zeit und Unabhängigkeit. Davon sei hier zu wenig zu sehen. Auch der Begriff „Kommission“ sei bezeichnend. Es handle sich hier nicht um eine Kommission, sondern ein „politisch ausgewogenes Paar“. Der Bericht bewerte das Verwaltungshandeln als überwiegend legitim und zielführend. Der erste Teil behandelt den NÖ Corona-Hilfsfonds, der zweite die bundesweiten Maßnahmen. Es sei bemerkenswert, dass unter dem Motto „Gräben schließen“ ausgerechnet jene, die von der Polarisierung profitiert hätten, sich jetzt als ihre Überwinder darstellten.

Die Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen wäre zentral, um aus Fehlern zu lernen und für künftige Krisen besser gerüstet zu sein. Umso mehr stelle sich die Frage, ob es sinnvoll sei, in einen föderalen Wettbewerb zu treten oder ob eine gemeinsame, bundesweite Aufarbeitung nicht ehrlicher und wirksamer wäre.

Einige wichtige Erkenntnisse aus dem Bericht: ein massives Kommunikationsversagen, widersprüchliche Botschaften, fehlende Transparenz, keine gemeinsame Linie. Das habe viel Vertrauen zerstört und die Polarisierung verstärkt. Es habe gravierende Nebenwirkungen wie bei Schulschließungen gegeben, durch verschobene Behandlungen oder fehlender Vorsorgemaßnahmen, sowie eine Datenlage, die eines modernen Staates unwürdig sei und die gute Entscheidungen unmöglich machten. Gleichzeitig bleibe der Bericht in zentralen Punkten unzureichend, manche Schlussfolgerungen wirkten bzw. seien politisch gefärbt, etwa bei Tests oder der Impfpflicht. Studien seien nicht immer sauber eingeordnet worden und bei wesentlichen Fragen NÖ betreffend fehlten eigene, belastbare Daten.

Abg. Kollermann nennt dann das Fazit der Neos: dieser Bericht könne ein erster Schritt sein, aber Aufarbeitung sei mehr als ein Überblick – es brauche Mut zur Wahrheit, und dieser sei nicht erkennbar. Deshalb würde ihre Fraktion den Bericht auch nicht zur Kenntnis nehmen.

#zusammenhaltNÖ gibt *Abg. Kollermann* recht: eine Zweierkommission ist völlig unüblich und bezüglich Unabhängigkeit ist festzustellen, dass **HR Dr. Otto Huber** 41 Jahre im Dienst des Landes NÖ stand, davon 25 Jahre als Leiter der Gruppe Gesundheit und Soziales. Das zweite Kommissions-Mitglied, **Mag. Jörg Hausberger**, akademischer „Health Care Manager“, war Büroleiter des vorhergehenden FP-Landesrats Lüsser und ist nun stellvertretender Geschäftsführer des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS).

Abg. René Pfister/SP geht nochmals auf Beschlüsse des nö. Landtags betreffend Errichtung des Covid-Hilfsfonds für Coronafolgen ein, der mit maximal 31,3 Mio. € für die Dauer von zwei Jahren dotiert sei. Und der Abgeordnete erwähnt auch die von der NÖ Landesregierung (mit Ausnahme der SPNÖ!) in ihrer Sitzung vom 09.09.2025 beschlossene unabhängige, unbefangene und weisungsfreie Evaluierungskommission, die die Erreichung der Ziele beurteilen solle ([siehe S. 12 des Sitzungsberichts](#)).

Auch *Abg. Pfister* hat seine Zweifel bezüglich Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der Evaluierungskommission und geht dann auf einzelne „*wissenschaftliche Begründungen*“ in den Fußnoten ein. Dabei zitiert er z.B. die Fußnoten 67 und 68, die das Arbeitsübereinkommen zwischen VP und FPNÖ betreffen und macht sich darüber lustig, dass diese „*wissenschaftliche Begründungen*“ sein sollten. Weiters beklagt er, dass im Corona-Fonds Geld gebunkert wurde, das auf anderen Seiten dringend gebraucht würde. (Anm. #zH: von 31,3 Mio. € wurden nur 4,6 Mio. € ausbezahlt).

Der Gesamtbericht sage nichts aus, außer eine politische Färbung. Die restlichen 26,7 Mio. € sollten jenen zur Verfügung gestellt werden, die sie brauchen – für die Gesundheitsversorgung, die Ausbildung und Pflege. Das sollte angesprochen werden und nicht irgendwelche Selbstbeweihräucherungsberichte.

Abg. Pfister meint abschließend, die Objektivität der vorliegenden Evaluierung sei klar zu hinterfragen angesichts der Mitglieder der Kommission, die er mit ihren Namen und (früheren) Funktionen erwähnt. Dies entspreche nicht den Ansprüchen von Unbefangenheit oder Unabhängigkeit. Auch die kritischen [Rechnungshofberichte](#) zum Covid Fonds würden im Bericht überhaupt nicht erwähnt. Seine Fraktion nehme den Bericht aus einem einzigen Grund zur Kenntnis, damit diese undurchsichtige Sache des Corona-Hilfsfonds endlich vom Tisch sei.

Nach einer kurzen Attacke gegen *Abg. Pfister* verteidigt **Abg. Richard Punz/FP** die vom Corona-Fonds abgedeckten Bereiche. Es sei der Wille dagewesen, Entschädigung zu leisten, die Fehler der Zeit aufzuarbeiten, für ein Stück Gerechtigkeit zu sorgen und eine Handlungsanleitung für die Zukunft zu haben. NÖ habe für Wiedergutmachung und Aufklärung gesorgt. Viele Landsleute würden auch heute noch unter den damaligen Einschränkungen, Erkrankungen und deren Folgen leiden. Der Bericht bestätige auch, dass die Folgen der Corona-Politik fatal waren, gerade im psycho-

logischen Bereich. 92 % der Mittel aus dem „Corona-Wiedergutmachungsfonds“ seien an Menschen mit psychologischen Belastungen, Long-Covid, Impfbeeinträchtigungen oder als Ausgleich für beanspruchte Nachhilfeeleistungen geflossen.

Der Bericht zeige auch, dass die strengen Maßnahmen, Lockdowns, Schulschließungen und Zugangsbeschränkungen nicht verhindert hätten, dass Österreich im europäischen Vergleich eine höhere Übersterblichkeit aufwies (siehe Bericht, S. 40).

NÖ habe mit dem Covid-Fonds eine Vorreiterrolle übernommen und es zeigte sich, dass die Zielvorgaben des Landtags erfüllt und rechtlich einwandfrei umgesetzt worden seien. Er kritisiert abschließend, dass sich die Statutarstadt St. Pölten weigere, seinen Bürger*innen die Corona-Strafen zu refundieren.

Eine Lehre für die Zukunft sei, unterschiedliche Meinungen zuzulassen und diese auch zu hören. Das habe in der Vergangenheit gefehlt. Die Wissenschaft müsse ganzheitlich betrachtet werden, auch die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte. Und bei solch weitreichenden Entscheidungen müsse die Bevölkerung bestmöglich eingebunden werden. Eigenverantwortung müsse vor Zwang kommen. Die Politik der Coronajahre dürfe sich nicht wiederholen.

Als nächste Rednerin lässt **Abg. Silke Dammerer/VP** die für viele Menschen auch 2000 Tage nach deren Beginn noch immer sehr präsente Corona-Pandemie Revue passieren. Diese Pandemie habe für viele Unsicherheit, Angst, Einschnitte im Alltag und für manche sogar persönliches Leid bedeutet. Es sei kaum ein Lebensbereich davon unberührt geblieben. Die Pandemie habe die Gesellschaft auf eine harte Probe gestellt, da ständig auf Basis eines sich verändernden Wissensstandes Entscheidungen getroffen werden mussten. Die Auswirkungen dieser Zeit seien bis heute spürbar – gesundheitlich, wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich. Und die Abgeordnete sagt: *„Heute stehen wir nicht hier, um Schuld zuzuweisen oder Entscheidungen von damals mit dem Wissen von heute zu verurteilen. Wir ste-*

hen hier, um Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung für eine sachliche Aufarbeitung, für ehrliche Analyse und für Lehren, die uns helfen sollen, künftig besser vorbereitet zu sein - fachlich, organisatorisch und menschlich“. Der vorliegende Covid-Bericht sei ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Und an **Abg. Kollermann** gewandt meint die Abgeordnete, der Bericht sei weder als Studie, noch als wissenschaftliche Arbeit konzipiert. Das sei nicht der Auftrag gewesen. Ziel des Berichts sei eine sachliche und strukturierte Aufarbeitung der gesetzten Maßnahmen, die Darstellung ihrer Stärken und Schwächen, sowie die Ableitung von Schlussfolgerungen und Empfehlungen für den Umgang mit zukünftigen Pandemien.

Die Abgeordnete dankt den Erstellern des Berichts, die beide auf der Tribüne des Landtagssaals anwesend sind und hebt v.a. **Dr. Otto Huber** hervor, der nicht nur im Haus, sondern in ganz NÖ höchst angesehen sei.

Abg. Dammerer spricht dann **Abg. Pfister** an, meint, es gebe außer den von ihm angesprochenen Fußnoten bzw. Quellen noch viele andere und zählt einige davon auf: Berichte des Bundesrechnungshofs oder der Volksanwaltschaft, nationale und internationale Studien und Analysen der ARGES, GÖK, des WIFO, der ÖAW und des IHS. Darüber hinaus seien weitere Forschungseinrichtungen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, einschlägige Forschungsprojekte, ein Bericht des Verteidigungsministeriums, sowie zahlreiche Parlamentskorrespondenzen aus Wien und NÖ berücksichtigt worden.

Abg. Dammerer erwähnt, dass der vorliegende Bericht sich zu Beginn mit dem Covid-Hilfsfonds befasse und komme zum Ergebnis, dass Optimierungspotential bestehe, der Fonds aber ein geeignetes Instrument darstelle. Der Bundesrechnungshof kritisierte die deutliche Überdotierung von 31 Mio. €, von dem nur 4,5 Mio. € gebraucht wurden. Für künftige Ausgleichsprogramme seien die Erfahrungen jedoch trotzdem wertvoll, sei es bei neuen Pandemien oder anderen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Im Kapitel 5 gehe es um die Aufarbeitung, die Auswirkungen und Folgen der Pandemie, so-

wie der gesetzten Maßnahmen. Im Bericht seien die verschiedenen Phasen der Pandemie beleuchtet worden, darunter das Pandemie-Management des Bundes, sowie das Corona- und Krisenmanagement des Landes NÖ, Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung, Lockdowns, Masken, Teststrategien, Impfung, Schulschließungen und deren Auswirkungen, Auswirkungen auf das Gesundheits- und Pflegesystem, gesundheitliche und psychosoziale Folgen für Kinder und Jugendliche, vulnerable und benachteiligte Personen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen. Da es wichtig sei, aus den Erfahrungen der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, gebe es im Bericht 21 Empfehlungen, die Orientierung für eine allfällig auftretende Pandemie dienen und aufzeigen, wo Verbesserungen erforderlich seien.'

Als Beispiele nennt *Abg. Dammerer* ein neues Epidemiegesetz, da jenes aus 1950 für die Corona-Pandemie kein taugliches Instrument gewesen sei. Während in der intensiven Phase der Pandemie Virolog*innen, Epidemiolog*innen, Komplexitätsforscher*innen mit ihren empfohlenen Maßnahmen zum Schutz von Gesundheit und Gesundheitssystemen oberste Priorität hatten, wurden soziale Einschränkungen, der Bildungsbereich sowie Kinder- und Jugendpsychologie zu wenig bedacht. In Zukunft sollten daher Entscheidungs- und Beratungsgremien interdisziplinär besetzt und um die Expertise der Bildungs- und Sozialwissenschaften erweitert werden. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene brauche es moderne Pandemie- und Krisenkommunikationspläne. Weitere Empfehlungen gebe es auf dem Gebiet des Datenmanagements, der Patient*innenlenkung, einem stufenweisen Ablauf bei möglichen Ausgangsbeschränkungen, zum amtsärztlichen Dienst, dem Tragen von FFP2-Masken, zur Teststrategie, zur Impfung und Vorgangsweisen in Alten- und Pflegeheimen. Die Finanzierung und wirtschaftlichen Folgen müssten besser abgeschätzt werden. Außerdem wurde eine objektive, sachliche und transparente Berichterstattung empfohlen. Hier komme den Medien eine besonders hohe Verantwortung zu. Das Behandlungsangebot

von Long Covid-Patient*innen müsse weiter ausgebaut und die Forschung intensiviert werden.

Abg. Dammerer geht dann noch auf die demographischen Veränderungen und die dadurch notwendigen Veränderungsprozesse ein, denen mit dem Gesundheitsplan 2040+ Rechnung getragen werde. Die Abgeordnete hält weiters fest, NÖ sei bisher das einzige Bundesland, das versuche, die entstandenen Gräben und Risse in der Gesellschaft, durch eine Aufarbeitung der Pandemie zu schließen. In den Wortmeldungen hätten die Redner*innen ihre eigenen und ganz persönlichen Schlussfolgerungen aus dem Corona-Endbericht dargelegt. Es seien aber alle Interessierten eingeladen, den Bericht von der Internetseite des Landes NÖ herunterzuladen und sich selbst ein umfassendes Bild zu machen.



GEHÖRT GEHÖRT:

Die Abgeordnete endet mit einem Statement, das ihr wichtig sei, wie sie sagt: *„Meiner Meinung kann weder ein Covid-Hilfsfonds, noch ein Covid-Endbericht die Gräben vollständig kitten, die die Pandemie in unserer Gesellschaft hinterlassen hat. Das kann kein Papier, das kann kein Beschluss. Das können nur wir selbst. Diese Aufgabe liegt bei uns allen und bei jeder und jedem einzelnen. Als Gesellschaft sind wir gefordert, Brücken zu bauen, wo Trennlinien entstanden sind. Jeden Tag haben wir die Wahl: wollen wir in der Vergangenheit verharren oder gemeinsam die Zukunft gestalten. Wollen wir unsere Tage mit Ärger, Hass, Neid und Problemen füllen oder aufeinander zugehen, zuhören und aus jedem Tag das Beste machen. Das Leben führt uns immer wieder vor Augen, wie kostbar und wie kurz es ist. Zu kurz, um es mit Groll und Spaltung zu belasten. Lang genug jedoch, um Verantwortung zu übernehmen, Verständnis zu zeigen und den Weg des Miteinanders zu wählen“.*

Nach diesem versöhnlichen Statement und Appell fühlt sich *Abg. Reinhard Teufel/FP* dazu

berufen, seine Kolleg*innen von SP und Neos zu belehren und ihnen auszurichten, sie hätten bis dato nicht verstanden, was in der Coronazeit passiert sei. Dass dieser Bericht debattiert werde, sei der Tatsache geschuldet, dass Politik und Maßnahmen auch unter Mitwirkung von SPÖ und Neos und aller anderer Parteien dafür gesorgt hätten, dass dieses Land wirtschaftlich und budgetär am Abgrund stehe. Weiters gebe es eine gesplante und polarisierte Gesellschaft wie nie zuvor, wofür ebenfalls die Coronapolitik der maßgebliche Treibfaktor gewesen sei. Leute seien diskreditiert, diskriminiert, hätten ihre Arbeitsplätze verloren. Und Abg. Teufel wird emotional und ausfällig: „Und Sie gehen da her und reden irgendeinen Schwachsinn über irgendwelche Fußnoten. Herr Pfisterer, Sie haben bis heite ned verstanden, was Fußnoten überhaupt bedeuten. Und eines sog I Ihna auch gonz kloa: dass nämlich die gesamte Gesundheits- und Krankenhausproblematik hat natürlich auch mit der verfehlten Coronapolitik zu tun und die haben Sie auch mitzuverantworten, oba da stehlen Sie sich ned davon weg, und wissen jetzt goa neama, wie blöd Sie hier Ihre Reden gestoiten soin. [...] Es ist für uns ein großer Schritt, dass wir hier diesen Coronabericht heute hier im Landtag präsentieren durften. Ich hoffe, wir können die Gräben spoit'n [sic!], die wenig irrlichternden Mitglieder diverser Parteien, denen können wir nicht mehr helfen, aber dankeschön und bitte um Zustimmung“.

Anm. #zH: Für den Begriff „Schwachsinn“ erhält Abg. Teufel im Nachhinein von Präsident Waldhäusl einen Ordnungsruf.

Faktencheck: auch #zHNÖ machte sich die Mühe, den „Gesamtbericht der Corona-Evaluierungskommission“ genau zu studieren und auch die Fußnoten genauer unter die Lupe zu nehmen. Dabei konnten allerdings einige Angaben von Abg. Pfisterer anfangs nicht nachvollzogen werden.

Wir durchsuchten die pdf-Version des Berichts nach dem Begriff „wissenschaftlichen Begründungen“, die mit den vom Abgeordneten genannten Fußnoten zusammenpassten, konnten jedoch nichts finden.

Allerdings trug Abg. Pfisterer etwas später dann zur Aufklärung einiger dieser Ungereimtheiten bei. Er bezog sich offenbar auf eine Presseaussendung des zuständigen Landesrats (Antauer/FP, Anm. #zH), in der ein Univ. Doz. Dr. Strasser abgeblüht von „über 500 wissenschaftlichen Quellen“ des Berichts sprach. Bei der Präsentation des Corona-Berichts durch den zuständigen Landesrat Antauer (siehe FPÖ NÖ-Homepage) war merkwürdigerweise nicht der Hauptautor des Corona-Berichts HR Dr. Otto Huber anwesend war, sondern es waren sein Mitautor, Mag. Jörg Hausberger, sowie der Urologe und „Corona-Aufklärer“ (@stattzeitung.org) Univ. Doz. Dr. Hannes Strasser anwesend. Dieser Herr scheint große Affinitäten zur AfD zu haben und tritt immer wieder bei deren Veranstaltungen oder bei gemeinsamen Veranstaltungen von AfD mit der FPÖ auf. Dorthin hat er nämlich auch gute Kontakte. So tritt er bei FPÖ-Veranstaltungen oder im AUF1-TV auf und hat auch gemeinsam mit dem Tiroler FP-EU-Mandatar Gerald Hauser das Buch „Und die Schwurbler hatten doch recht – DER Corona-Faktencheck“ geschrieben. Aber zurück zu den Fußnoten, die Abg. Pfisterer erwähnte. In der Presseaussendung LR Antauers zur Präsentation des Corona-Gesamtberichts wird im letzten Absatz Univ. Doz. Strasser auf folgende Weise zitiert: „Auf Basis von über 500 wissenschaftlichen Quellen zeigt sich klar, dass zentrale Annahmen der damaligen Corona-Politik falsch waren und viele Maßnahmen nicht evidenzbasiert getroffen wurden“.

#zHNÖ meint: entweder hat Herr Dr. Strasser die Fußnoten nicht genau angesehen und daher nicht bemerkt, dass es sich dabei um die unterschiedlichsten Quellen handelt – von tatsächlichen wissenschaftlichen Arbeiten und Publikationen, über Beschlüsse der NÖ Landesregierung, NÖ Hochrisikoverordnungen, Arbeitsübereinkommen zwischen VP und FP NÖ, Anträge aus Landtagssitzungen bis hin zu unzähligen Gesetzesangaben und vielen anderen Quellen. Nachdem anzunehmen ist, dass ein Universitätsdozent zwischen „wissenschaftlichen“ und anderen Quellen unterscheiden kann, kann man nur rätseln, wieso ihm das im

FPNÖ-Text (siehe letzter Absatz!) in den Mund gelegt wurde.

#zH fragt sich, was würde die FP bloß ohne Corona tun? Hier hat sie ein ständiges Instrument, um Vorwürfe und Zeigefinger auf ihre politischen Gegner loszulassen. Und ihr Klubchef will nun sogar die Gräben spalten – die konstatierte Spaltung ist ihm offenbar noch nicht genug. Wir wünschen der FP ein Quäntchen Lösungsorientierung.

Zusatzinformation

„Keine Lockdowns“ - Niederösterreichs Spickzettel für nächste Pandemie | krone.at (17.12.2025)

!!! FPÖ-Antauer: „Einheitspartei kostete NÖ Hunderte Millionen Euro, brachte Millionen Österreichern Leid“ (16.12.2025) !!!

Papier präsentiert - Kommissionsbericht: FPÖ-Landesrat rechnet mit Corona-Politik ab - NÖN.at (16.12.2025)

Niederösterreichs Pandemie-Fazit: Fünf Jahre danach – diese Corona-Fehler sollen sich nicht wiederholen - Niederösterreich (11.12.2025)

Land Niederösterreich richtet Corona-Evaluierungskommission ein - Land Niederösterreich (09.09.2025)

CoV-Kommission soll Fonds und Maßnahmen prüfen - noe.ORF.at (09.09.2025)

FPÖ NÖ - Corona-Fonds beendet: 4,6 von 31,3 Millionen Euro wurden ausbezahlt - NÖN.at (03.09.2025)

NÖ-Coronafonds: schwammige Richtlinien, intransparente Vereine (PROFIL, 10.03.2025)

#zH-Leseempfehlung: Bericht des Rechnungshofes: NÖ COVID-Hilfsfonds für Corona-Folgen (März 2025)

Nur die AfD verspricht Corona-Aufarbeitung. Dr. Hannes Strasser. - +++freie presse bodensee+++ (10.02.2025)

Die „Geimpften“ sind Versuchskaninchen. Die AfD verspricht Aufarbeitung. Dr. Hannes Strasser. - +++freie presse bodensee+++ (09.02.2025)

Politik – "Schwurbler hatten recht" – FPÖ stellt "Abrechnung" vor | Heute.at (18.01.2025)

Einladung zum Vortrag in Tirol – Freiheitliches Bildungsinstitut (11.05.2024)

Wie die FPÖ in Niederösterreich Günstlinge mit Posten versorgt - FALTER (23.04.2024)

Wechsel nach St. Pölten - Aus Biedermannsdorfer Amtsleiter ist Büroleiter geworden - NÖN.at (26.04.2023)

Corona Strafen: Es wird nicht leise um die Wiedergutmachung - St. Pölten (Mein Bezirk, 05.04.2024)

FPÖ – Hauser und Universitätsdozent Strasser präsentierten Buch „Und die Schwurbler hatten doch recht“ (18.01.2023)

**Wissenschafts-Skandal - Unerlaubte Studien an Kindern - Wissen - SZ.de (10.05.2010)

**Universität Innsbruck: Medizin-Skandal kostet Uni-Rektor den Job - DER SPIEGEL (22.08.2008)

TO-Punkt 7:

Antrag betreffend Nahversorgung gehört ins Zentrum – NÖ Raumordnung muss lebendige Zentren sichern und Böden schützen

Link zum Antrag

Für die Neos sei die Analyse im Antrag der Grünen nachvollziehbar und gegen sterbende Ortszentren brauche es nach Meinung von **Abg. Christian Müller/Neos** nicht allein neue Abgaben, sondern mehrere Maßnahmen. Er schlägt daher zur Belebung von Ortskernen Anreize für Gemeinden vor, etwa einen Zentrumsmanager, aber auch strukturelle Reformen. Seiner Meinung nach mangle es an einer Strategie und Ideen zur Stärkung der Ortskerne.

Belebte Ortskerne würden nach **Abg. Georg Ecker/Grüne** mehr Lebensqualität bieten, Ressourcen sparen und weniger Verkehr produzieren. Der Abgeordnete macht die VP dafür verantwortlich, dass in den letzten Jahren in fast allen Gemeinden Niederösterreichs an den Ortsrändern Fachmarktzentren entstanden seien, während es in den Ortszentren große Probleme mit Leerständen gebe. Eine weitere

solche Entwicklung würde gewachsene regionale Strukturen zerstören und sei, seiner Meinung nach, nur durch Regulierung zu stoppen. *Abg. Ecker* vergleicht die NÖ Raumordnung mit einem löchrigen „Schweizer Käse“, denn es werde weiterhin Grünland verbaut.

Den Antrag der Grünen sieht **Abg. Christian Samwald/SP** als Diskussionsgrundlage. Auch die SP sei für eine Stärkung der Ortskerne und gegen Versiegelung. Da aber Raumordnung eine dynamische Materie sei, müsse man von Fall zu Fall entscheiden. Und in einer Leerstandsabgabe, sowohl für gewerbliche Objekte als auch für Wohngebäude, würden die Sozialdemokraten ein probates Mittel sehen, um gegenzusteuern. Eine Leerstandsabgabe sei laut *Abg. Samwald* ohnehin schon eine jahrzehntelange Forderung der Sozialdemokraten. Obwohl die FP die Intentionen des Antrags der Grünen teile, wittert **Abg. Dieter Dörner/FP** darin einen Angriff auf die Gemeindeautonomie. Für ihn seien lebendige Ortskerne die Seele einer Gemeinde und Bodenschutz sei für die Freiheitlichen zugleich Heimatschutz. Der vorliegende Antrag der Grünen ignoriere jedoch bereits wirksame Bestimmungen des aktuellen Raumordnungsgesetzes, um das Bauen auf der grünen Wiese einzudämmen und Ortskerne zu beleben.

Aktuell würde massiv in die Gemeindeautonomie eingegriffen, meint **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne**. Weiters gebe es keine Instrumente für Gemeinden, Einnahmen zu lukrieren. Über vermögensbezogene Steuern werde nicht gesprochen. Ebenso sei die VP nicht bereit, über Grundsteuer zu reden, wo in Niederösterreich auch der Interessentenbeitrag abgeschafft wurde. Sehr heftig kritisiert *Abg. Krismer-Huber*, dass sich Schwarz-Blau jeder Debatte über ein Zweitwohnungs- und Leerstandsabgabe verweigere. Das VP-Argument laute jeweils, dass eine solche Regelung aufgrund der Finanzverfassung nicht möglich sei. Und daher verlangt die Abgeordnete, zwecks Änderung eine Resolution an die

Regierung zu stellen, damit jede Gemeinde jeweils selber entscheiden darf, ob sie eine derartige Abgabe einheben will oder nicht. Jetzt würden sie den Gemeinden aus purer Sturheit dieses Instrument verweigern, meint *Abg. Krismer-Huber*.

Anm. #zHNÖ: Interessentenbeitrag NÖ:
Der Interessentenbeitrag ist eine sogenannte gemeinschaftliche Landesabgabe die von im NÖ Tourismusgesetz definierten Gewerbebetrieben zu entrichten und von der Gemeinde einzuheben ist. Vom Abgabenertrag sind 5 % an das Land Niederösterreich abzuführen.

In einer weiteren Wortmeldung bezichtigt **Abg. Dieter Dörner/FP** die Grünen, sie seien eine Verbotsparterie, wollen den Menschen nur in die Taschen greifen, sie einschränken und so nur noch weitere Abgaben schaffen.

Lebensqualität und Versorgungssicherheit haben für **Abg. Christoph Kaufmann/VP** oberste Priorität. Bei vorausschauender, intelligenter Planung müsste es seiner Meinung nach möglich sein, ein Gleichgewicht zwischen kleinteiligem Einzelhandel in den Ortszentren und großflächigen Geschäften an den Ortsrändern zu schaffen.

Die folgenden beiden TO-Punkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

TO-Punkt 8: Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2025

Link zu „[NÖ Zukunftsbild 2050 - Szenarien für ein Update des NÖ Klima- und Energiefahrplans](#)“, Mai 2025

Link zu Studie im Auftrag des Amts der Niederösterreichischen Landesregierung „[Ökonomische Effekte der Energiewende Aktualisierung des NÖ Klima- und Energiefahrplans 2030](#)“, November 2024

**TO-Punkt 9: Bericht der Landesregierung
betreffend NÖ Umweltschäft, Tätigkeitsbericht 2024**

Link zum „Tätigkeitsbericht der niederösterreichischen Umweltschäft“, 2024

„Für die NÖ Umweltschäft ist die Erfüllung des verantwortungs- und anspruchsvollen gesetzlichen Auftrags wesentlich, nämlich die Interessen von Natur und Umwelt zu vertreten und gleichzeitig andere relevante Interessen, insbesondere solche wirtschaftlicher Natur, mit zu berücksichtigen“. (siehe Bericht, S. 7)

Im ersten Redebeitrag betont **Abg. Alex-ander Schnabel/FP** lapidar, Umweltschutz müsse immer mit Maß und Ziel erfolgen. Für ihn weise der Bericht in eine sichere und zukunftsfähige Richtung, schließlich gehöre Niederösterreich in Sachen Umweltschutz heute zu den besten Regionen Europas.

Den Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Umwelt im vorliegenden Bericht der Umweltschäft betont **Abg. Christian Müller/Neos**, wobei er aber noch etwas Luft nach oben zu erkennen glaubt. In der Forderung nach weiterem Ausbau erneuerbarer Energie und der Netze liege eine große Chance für das Land.

Aus dem NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht hebt **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** die Nachhaltigkeitsprüfungen, sowie die Entwicklung bei Wind- und Sonnenkraft, ganz besonders aber die Vorreiterrolle („Green Budgeting“) von NÖ mit der Auflage einer nachhaltigen Anleihe unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien lobend hervor. Kritisch sieht sie aber die noch immer gewaltigen Emissionen des Verkehrs. Des Weiteren fordert die Abgeordnete ein faires Energiesystem. Denn zurzeit stemmen die östlichen Bundesländer die Investitionen der Energiewende. Mit einem eigenen Resolutionsantrag fordert sie daher eine bundesweit, gerechte Netzkostenverteilung.

Im Bericht der Umweltschäft hebt **Abg. Krismer-Huber** besonders den Kompensationsflächenkataster lobend hervor und bedankt sich bei den Verfassern für deren gelungene Zusammenschau von Wirtschaftlichkeit, Naturschutz und Artenschutz. Im Hinblick auf eine raschere Umsetzung der Geothermie ortet sie im Bericht gewisse rechtliche Hindernisse.

Sehr positiv beurteilt auch **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** den NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht, fordert aber für einige Bereiche mehr Tempo und mehr Qualität. Ein besonderes Anliegen sei ihr das Leuchtturmprojekt Radbasisnetze und sie verlangt vom zuständigen Landesrat Landbauer trotz angespannter Budgetsituation eine rasche Umsetzung der Projekte. Als weiteres, wichtiges Anliegen erwähnt sie die Energiesicherheit. Daher müsse man verstärkt in Richtung Energiespeicherinfrastruktur denken. Als wichtige Punkte im Bericht der Umweltschäft sieht sie den Kompensationsflächenkataster, die Task Force Geothermie und Steuerungsmöglichkeiten für Rechenzentren in Niederösterreich. **Abg. Suchan-Mayr** gratuliert den Verfasser*innen des Berichts und bedankt sich für deren Engagement, denn die „Umweltschäft verstehe Umweltschutz und Naturschutz auch als Menschenschutz“.

Für den Bericht der NÖ Umweltschäft bedankt sich auch **Abg. Peter Gerstner/FP** und hebt hervor, dass diese Institution eine weisungsfreie Stelle für die Vertretung des öffentlichen Interesses für Natur und Umwelt sei. Im Hinblick auf Windkraftanlagen will **Abg. Gerstner** aber massive Bedenken aus ökologischer Sicht, besonders die Gefährdung von Vögeln, herauslesen.

Beide Berichte vermitteln nach Meinung von **Abg. Josef Edlinger/VP** jene Erfolge, die Niederösterreich im Bereich Umwelt, Energie und Klima erzielt hat. Das Land habe im eigenen Bereich wie Gebäuden, E-Autoflotte und erneuerbare Energie Vorbildwirkung. Ebenso sei

das Bundesland Vorreiter in Sachen nachhaltiger Finanzierung (Green Budgeting), denn Niederösterreich habe als erstes Bundesland eine Anleihe unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien aufgelegt.

Auch *Abg. Edlinger* bringt für seine Partei einen Resolutionsantrag ein, aber im Gegensatz zum Vorschlag der Grünen ohne Klagerecht.

Danach sollten die Netzausbaukosten bundesweit gerecht verteilt werden und nicht bei jenen Bundesländern, nämlich NÖ und Burgenland, welche die meiste erneuerbare Energie erzeugen, allein hängenbleiben.

Zu Ende der Sitzung betont Landtagspräsident Karl Wilfing /VP, dass diese Sitzung eine besondere gewesen sei, weil sie nicht nur das Arbeitsjahr beschließe, sondern auch die letzte in diesem Sitzungssaal in dieser Form war. Präsident Wilfing sagt abschließend, dass man ab Sommer 2027 einen Saal habe, der für Jahrzehnte für ein demokratisches, starkes und selbstbewusstes Niederösterreich stehe.

#zusammenhaltNÖ hofft, dass mit der Erneuerung des Sitzungssaals auch das demokratische Bewusstsein mancher Mandatar*innen erneuert und gestärkt werden kann.

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:

- Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen
- Bericht der NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“
- Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

<https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2025-12-18>

Nachzulesen:

[NÖ Landeskorespondenz - Landtag Aktuell](#)

NÖ Landtagssitzungen ab Jänner 2026

In den kommenden 18 Monaten wird der Landtagssitzungssaal umgebaut und erst ab Sommer 2027 wieder für Sitzungen zur Verfügung stehen. Die Landtagssitzungen finden ab Jänner 2026 im [Leopoldsaal](#) statt, in dem es aber nur 20 anstatt 102 Besucher*innen-Plätze gibt. Eine vorherige Anfrage/Anmeldung in der [Landtagsdirektion](#) ist daher ratsam.

<https://noe-landtag.gv.at/aktuelles/saal-umbau-es-wird-kuschelig>

Die Sitzungen können aber auch weiterhin im Livestream mitverfolgt oder nachgehört werden.

**Erste Sitzung im neuen Jahr: Do 29.01.2026, 13 Uhr,
Leopoldsaal, Haus 1A**